

Göbel, Heike

Research Report

Die Liberalen und der Wohlfahrtsstaat - eine schwierige Beziehung

HWWI Policy Paper, No. 102

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Göbel, Heike (2017) : Die Liberalen und der Wohlfahrtsstaat - eine schwierige Beziehung, HWWI Policy Paper, No. 102, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/167660>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Die Liberalen und der Wohlfahrtsstaat – eine schwierige Beziehung

Heike Göbel

HWWI Policy
Paper 102



WILHELM-
RÖPKE-
INSTITUT

Der Inhalt des Textes repräsentiert die persönliche Meinung des Autors und stellt nicht zwingend die Meinung des Instituts bzw. der ihm angehörenden Wissenschaftler dar.

Kontakt:

Heike Göbel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik

HWWI Policy Paper

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Baumwall 7 | 20459 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax: +49 (0)40 34 05 76 - 776

info@hwwi.org | www.hwwi.org

ISSN 1862-4960

Redaktionsleitung:

Prof. Dr. Henning Vöpel

Dr. Christina Boll

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | August 2017

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



Wilhelm Röpke
(10. Oktober 1899 – 12. Februar 1966)

Die Liberalen und der Wohlfahrtsstaat – eine schwierige Beziehung

Schriftliche Fassung der 11. Wilhelm-Röpke-Vorlesung am 16. Februar 2017 in Erfurt

Von Heike Göbel

I. Einführung

Es ist nicht so, dass man in einer Tageszeitung zwischen Euro-Krise, Brexit oder dem unberechenbaren Präsidenten Donald Trump viele Gelegenheiten für Begegnungen mit großen ökonomischen Vordenkern und liberalen Geistern hat. Jenseits runder Jahrestage schöpft und zehrt man eher unmerklich von dem, was aus dem Studium und gelegentlichen Lektüren auch ein wenig zufällig hängengeblieben ist. Wenn die große Koalition neue Frühverrentungspläne beschließt, die Rente für neun Millionen Mütter kurzerhand um 6,5 Milliarden Euro aufstockt, den gesetzlichen Mindestlohn einführt oder ein Lohngleichheitsgesetz auf den Weg bringt, fragt man sich als Journalist, der in die Tagesaktualität eingebunden ist, nicht zuerst: Was hätte wohl Wilhelm Röpke dazu gesagt?

Obwohl gerade Röpke als begnadeter Publizist und streitbarer Leitartikler es einem auch heute noch leicht macht, zu seinen Gedanken Zugang zu finden. Man muss nur die Zeit aufbringen und die Archive bemühen, denn nicht nur in der Neuen Zürcher Zeitung, auch in der Frankfurter Allgemeinen hat Röpke in den fünfziger und den frühen sechziger Jahren immer wieder große Aufsätze zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

Ich habe mich dann festgelesen in einigen Artikeln, in denen Röpke mit den wachsenden europäischen Wohlfahrtsstaaten, insbesondere dem deutschen, zu Gericht ging. Was ihn antreibt, ist die große Sorge um die freiheitsbeschränkende Wirkung einer überbordenden staatlichen Umverteilung. Immer wieder hat er sich mit dem Wesen des modernen Wohlfahrtsstaats auseinandergesetzt und dessen immanenter Tendenz, immer weiter über die unmittelbare Bekämpfung der Armut auszugreifen. Das war eins von Röpkes großen Themen. So manche seiner Formulierungen klingt dabei, als sei sie nicht 60 Jahre alt, sondern brandaktuell.

Seine Sorge gipfelt in der eindringlichen Warnung, „dass der moderne Wohlfahrtsstaat in den Dimensionen, zu denen er herangewachsen ist, oder heran zu wachsen droht, diejenige Form sein dürfte, in der sich in der nichtkommunistischen Welt heute vornehmlich die Unterwerfung des Menschen unter den Staat, die ‚Verstaatlichung‘ des Menschen (Pestalozzi) vollzieht.“ (1)

Gut, dachte ich. Das Angebot, diese Vorlesung zu halten, ist ein Fingerzeig: Ich sollte mich auch wieder einmal grundlegender mit dem Thema auseinandersetzen, das in meiner Arbeit als Wirtschaftsredakteurin seit einem Vierteljahrhundert einen zentralen Raum einnimmt: Der trotz zunehmend kritischer Debatten und einiger erfolgreicher Reformansätze letztlich stete, und in den allermeisten Jahren schuldenfinanzierte Ausbau des deutschen Sozialsystems.

Mit diesem Ausbau als solchem, aber auch mit vielen der Instrumente und Institutionen dieses Wohlfahrtssystems tue ich mich als Volkswirtin und liberale Journalistin ebenso schwer wie Röpke, der als international renommierter Ökonom hier natürlich ungleich tiefer schürfen konnte als ich es in meinen Kommentaren vermag.

Aber liegen wir Kritiker eigentlich richtig?

Fakt ist: Ungeachtet der auch in dieser Wahlperiode von Merkels großer Koalition schwungvoll aufgestockten Sozialleistungen (Mütterrente, Rente mit 63 für langjährige Beitragszahler, Ausweitung der Pflegeleistungen) und der Rücknahme einiger liberaler Arbeitsmarktreformen, feiern deutsche Unternehmen unverdrossen Exporterfolge. Der Arbeitsmarkt ist so aufnahmefähig wie nie und nähert sich teils der Vollbeschäftigung. Die deutsche Marktwirtschaft funktioniert also offensichtlich noch, auch wenn die Wachstumsraten viel bescheidener geworden sind als zu Röpkes Zeiten der Wirtschaftswunderjahre.

Leistet sich hier nicht einfach ein wohlhabendes Land eine der heutigen Zeit angemessene soziale Sicherheit? Ist es nicht nur natürlich, dass ein reiches Land mit wachsendem Wohlstand nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr umverteilt? Fördert diese Umverteilung nicht den sozialen Frieden und ist damit ein wichtiger Wachstumsfaktor? Erspart sie uns Debatten über „Abgehängte“, wie sie in den Vereinigten Staaten und Großbritannien nun geführt werden müssen?

Mit anderen Worten: Waren Röpkes Warnungen und die anderer liberaler Mahner nicht maßlos übertrieben? Sind es meine Kritiken vielleicht auch? Sollte ich mich entspannt zurücklehnen, wenn der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz nun schon wieder mit dem Schlachtruf nach „mehr sozialer Gerechtigkeit“ in den Wahlkampf zieht?

Nein, das kann ich nicht und ich bin sicher, Röpke hätte es auch nicht getan, jedenfalls der Röpke, der mir in meiner Lektüre jetzt wieder begegnet ist. Ich will hier darlegen, warum die liberale Kritik weiter berechtigt und wichtig ist. Lassen Sie uns dazu aber zunächst einen Schritt zurücktreten.

II. Welchen Staat wollen Liberale?

Welche Rolle kommt dem Staat aus liberaler Sicht in der Produktion von sozialer Sicherheit zu? Das ist ein weites Feld, auf dem sich Wissenschaftler beherzt und endlos streiten. Ich maße mir als Journalistin keine abschließende Antwort an. Aber ich will Ihnen hier wenigstens knapp sagen, was Liberalismus aus meiner Sicht im Wesentlichen ausmacht. Liberalismus im westeuropäischen Sinn des Wortes, nicht im amerikanischen Verständnis, nach dem „liberals“ die Bezeichnung für Sozialdemokraten ist.

- Ein liberaler Staat zeichnet sich dadurch aus, dass der Einzelne Vorrang hat vor dem Kollektiv.
- Ein liberaler Staat hat den Anspruch, seinen Bürgern größtmögliche Freiheit zu gewähren, statt sie im Interesse irgendeines Ideals zu manipulieren oder paternalistisch zu bevormunden.

- Ein liberaler Staat strebt nach dem Ideal gerechter Chancen, nicht gleicher Ergebnisse.
- Fortschritte macht der liberale Staat über Versuch und Irrtum, nicht durch Verfolgung einer Ideologie. Seine Geisteshaltung ist Skepsis, nicht Gewissheit.
- Er setzt auf Demokratie und seine Strategie lautet: einen Schritt nach dem anderen, nicht der große Wurf. Ein liberaler Staat ist für Wandel offen, nachdem er das Für und Wider abgewogen hat. „Look before you leap“, könnte das Motto sein. Wo Konservative im Zweifel nur am Hergebrachten festhalten, wagen sich Liberale voran, aber im Bewusstsein, auch irren zu können. Linke wiederum gehen voran im Bewusstsein, das Wissen über den richtigen Weg in die Zukunft schon zu besitzen.

Mit der Herstellung sozialer Sicherheit durch den Staat tun sich Liberale aus zwei Gründen schwer: Jede staatliche Sozialpolitik ist mit Umverteilung und mit Zwang verbunden. Zwang steht im direkten Widerspruch zum liberalen Freiheitsideal. Umverteilung steht indirekt im Widerspruch dazu, weil sie einen Eingriff in Eigentumsrechte bedingt. So knapp hat es der frühere Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gerhart Raichle, einmal ausgedrückt. (2)

Selbst radikal-liberale Ökonomen wie Friedrich von Hayek oder Milton Friedman haben aber akzeptiert, dass es eine unvermeidliche Aufgabe des Staates ist, Hilfe in unerwarteten Notlagen zu gewähren – und dass er in wohlhabenderen Gesellschaften auch Hilfen organisieren muss, die über das nackte Existenzminimum hinausgehen. „Damit sich aber nicht die darauf verlassen, die selbst vorsorgen könnten, muss der Staat einen Rahmen schaffen“ räumte Hayek ein. „Up to this point the justification for the whole apparatus of social security can probably be accepted by the most consistent defenders of liberty“, schreibt er in seiner „Verfassung der Freiheit“. (3)

Damit freilich beginnt für ihn das Problem: Der Apparat, der dazu da ist, Armut zu lindern und in gewissem Umfang auch Vorsorge für Alter, Krankheiten oder Arbeitslosigkeit zu organisieren, wird offensichtlich unweigerlich in ein Umverteilungsinstrument verwandelt. Eine Umverteilung, die angeblich dem Prinzip „sozialer Gerechtigkeit“ folgt, aber eigentlich nur auf Ad-hoc-Entscheidungen der Politik basiert. „Soziale Gerechtigkeit“, das ist für Hayek ein inhaltsleerer Slogan.

Der Chicagoer Ökonom Friedman, wie Hayek mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet, war zwar ein entschiedener Gegner fast aller sozialpolitischen Programme in den Vereinigten Staaten, akzeptierte aber ebenfalls die Armutsbekämpfung als staatliche Aufgabe mit dem Argument: Würde man sich nur auf freiwillige Leistungen verlassen, gäbe es zu viele Bürger, die sich um einen eigenen Beitrag mogeln, aber davon profitieren, dass es in ihrer Stadt durch den Einsatz anderer keine nackte Armut mehr gebe. (4)

Röpke war kein Radikal-Liberaler, soviel steht fest. Er wusste, dass Markt und Wettbewerb, Angebot und Nachfrage, freie Preise nicht alles sind, auf das eine freiheitliche Gesellschaft gegründet werden kann. Er war Anwalt einer „Gesamtordnung“, in der Recht und Moral und staatlich organisierter sozialer Ausgleich einen festen Platz haben.

Wie jeder nur halbwegs liberal Denkende, steckte aber auch Röpke im Zwiespalt. Ihm war klar, dass es einer Form der sozialen Sicherung bedarf, „um dem Einzelnen gegen die Wechselfälle des Lebens beizustehen“. „Gewiss, die meisten von uns bestreiten nicht, dass der Staat als Helfer nicht entbehrt werden kann und dass viele dieser so geschaffenen Einrichtungen eine bittere Notwendigkeit sind“, räumt er ein. (5)

Nicht grundsätzlich in Frage gestellt hat Röpke daher auch den Zwang, der mit staatlicher sozialer Sicherung einhergeht und die damit verbundene Umverteilung. Aber er sah eben auch „die Würde des freien Mannes und die Gesundheit der Gesellschaft bedroht“. „So sehen wir denn in der Tat fast überall mit den entsetzten Augen des Zauberlehrlings, dass dem modernen Wohlfahrtsstaat eine fast unwiderstehliche Tendenz zum immer weiteren Wachstum innewohnt. Immer neue Bereiche der Zwangshilfe werden entdeckt, immer neue Gruppen der Bevölkerung erfasst, immer umfassendere Hilfen gewährt und immer vollkommeneren Projekte angenommen“, warnte er unmissverständlich. (6)

Jede Erweiterung der sozialen Absicherung sei leicht und verführerisch, jede Zurücknahme eines hinterher als unbedacht erkannten Schrittes aber schwer und schließlich politisch unmöglich.

Röpke ging es also einerseits darum, dem Wohlfahrtsstaat Grenzen zu setzen, ihn andererseits aber in seinen Instrumenten und Leistungen „marktkonform“ zu machen. Und zwar aus der großen Sorge heraus, dass übermäßige oder an den falschen Stellen ansetzende, staatlich organisierte soziale Sicherheit auf Kosten der letztlich grundlegenden und damit wichtigeren sozialen Sicherheit geht, die der Markt schafft. Die Arbeitsplätze, die der Markt bietet, sind der beste Schutz vor Armut. Der Markt ist die Quelle allen Wohlstands. Aus dieser Quelle schöpft der Staat, auf diese ist er angewiesen, wenn er die unterstützen will, die am Markt nicht mithalten können und auf Hilfe angewiesen sind.

Liberales befürchten, dass die Marktwirtschaft Schaden nimmt, wenn soziale Sicherheit die Freiheitsgrade der privaten Wirtschaftsakteure zu stark beschneidet und ihnen damit ihre Fähigkeit nimmt, im harten weltweiten Wettbewerb zu bestehen.

Hinzu kommt eine zweite große Sorge: Dass übermäßige staatlich organisierte soziale Sicherheit den privaten Willen lähmt und zugleich den Einzelnen seiner finanziellen Möglichkeiten beraubt, um sich nach eigenen Vorstellungen und orientiert am eigenen Sicherheitsbedürfnis selbst um die Zukunft zu kümmern. Aus denselben Gründen gefährdet der Wohlfahrtsstaat auch die (aus liberaler Sicht moralisch höherstehende) freiwillige Hilfe für andere Gesellschaftsmitglieder, und er untergräbt auch den wichtigen Zusammenhalt in der Familie, der Kraftzelle der Gesellschaft.

Liberales sind also nicht per se die sozialpolitischen Spielverderber, als die sie gemeinhin wahrgenommen werden. Sie wollen das Fundament jeder sozialen Sicherung schützen: Markt und Wettbewerb und damit Arbeitsplätze. Das ist ihre oberste Priorität. Sie wollen Raum lassen für ein Leben und eine Vorsorge, die eigenen Maßstäben und Sicherheitsbedürfnissen folgt, ebenso soll Raum bleiben für freiwillige private Wohltätigkeit und privates Kümmern, weil das eine Gesellschaft zusammenhält.

III. Liberales Ideal und Wirklichkeit: Röpkes Kritik

Röpke ist sozialer Kälte gänzlich unverdächtig. Gerade deswegen erstaunt die Klarheit und Schärfe, mit der er den Ausbau des deutschen Sozialstaates attackiert, kaum dass dieser in den fünfziger Jahren in Schwung gekommen war: mit der dynamischen Rente, Konrad Adenauers Geschenk zur Bundestagswahl 1957.

„Unzweifelhaft ist dies nicht mehr die Zeit, in der der moderne Wohlfahrtsstaat unserer Hilfe bedarf. Die Wahrscheinlichkeit nämlich, dass das unerlässliche Minimum an staatlich organisierter Sicherheit zu kurz kommen könnte, ist in unserer Epoche der Massendemokratie, der handfesten Sozialmächte, des entfesselten Gleichheitsstrebens, und des fast zur Gewohnheit gewordenen ‚Raubs durch den Stimmzettel‘ gleich Null. Es sind die Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, nicht seine immer zweifelhafter gewordenen Segnungen, die uns kritisch zu beschäftigen haben“, lautete Röpkes Befund schon 1957 in der Frankfurter Allgemeinen. Und weiter: „Immer weniger Menschen können sich der Einsicht verschließen, dass zwischen einem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das sich auf die Ordnung und Antriebskräfte des Marktes und der freien Unternehmung verlässt und damit außerordentliche Erfolge erzielt hat, und einer ständigen Neuverteilung der Einkommen und Vermögen ein Widerspruch klafft, der auf Dauer unerträglich ist. Eines von beiden wird früher oder später weichen müssen: das freie Gesellschafts- und Wirtschaftssystem oder der heutige Wohlfahrtsstaat.“ (7)

Von einem „Mechanismus ohne Bremsen und Rückwärtsgang“, schrieb er kurz darauf. (8) In den Blick nahm der Ökonom auch die mit dem modernen Wohlfahrtsstaat verbundene „gewaltige Sozialbürokratie“, die sich geradezu aus sich selbst heraus nährt, und die enorme Intransparenz des Sozialsystems, das dem Einzelnen keine Chance lässt, einen Überblick über seine Zahlungen und die daraus resultierenden Leistungen zu erhalten.

Röpke verwendet das Bild einer Pumpe: Je weiter sich nun der Wohlfahrtsstaat ausdehne, umso näher rücke der Augenblick, da diese riesige Pumpmaschine zu einer Täuschung für alle werde, zu einem Selbstzweck, der niemandem mehr recht diene, ausgenommen der sie bedienenden Maschinisten der Sozialbürokratie. (9)

Diese Sätze lesen sich, als wären sie heute geschrieben, nicht vor sechs Jahrzehnten. Der deutsche Sozialstaat hat die ungebremste expansive Entwicklung genommen, die Röpke damals vor Augen hatte. Bisher nicht erfüllt hat sich – zum Glück – allerdings Röpkes Erwartung, dass ein freies Gesellschafts- und Wirtschaftssystem auf Dauer nicht mit einem solch ausgreifenden Wohlfahrtsstaat zu vereinbaren ist. Auch das muss man festhalten.

IV. Der deutsche Sozialstaat, eine Bestandsaufnahme

1. Was kostet und was leistet die deutsche soziale Pumpmaschine heute?

So genau weiß das niemand. Vor zwanzig Jahren machte eine Analyse von Joachim Mitschke Schlagzeilen. Sie kam auf 155 beitrags- und steuerfinanzierte Sozialleistungen, verwaltet von 38 Sorten von Behörden und Quasibehörden. Weniger dürften es seither nicht geworden sein. (10)

Eine wichtige Kennziffer liefert seit Beginn der sechziger Jahre das jährliche Sozialbudget, veröffentlicht vom Bundesarbeitsministerium. (11) Es summiert die meisten finanziellen Leistungen – von der Gesundheits- über die Altersvorsorge bis zu Familienleistungen und Armen- und Behindertenfürsorge – auf und setzt diese Summe ins Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung. Das ergibt die Sozialquote. Sie liegt heute bei 29,4 Prozent: Knapp ein Drittel des Bruttosozialprodukts fließt also hierzulande in die soziale Sicherheit. Die Finanzierung erfolgt dabei seit je grob zu je einem Drittel durch den Staat, die Arbeitgeber und die Sozialversicherten.

Auch wenn die Zeitreihen nicht ganz vergleichbar sind wegen einiger statistischer Umstellungen, bestätigt der weite Blick zurück die von Röpke prognostizierte starke Ausweitung des Wohlfahrtsstaates: Zum Start der Statistik 1960 betrug die Sozialquote 18,3 Prozent. In den siebziger Jahren schwoll sie zeitweilig über 26 Prozent. In den achtziger Jahren gelang eine gewisse Stabilisierung um 25 Prozent, mit der Wiedervereinigung gab es einen neuen Schub um fast vier Punkte, eine Gegenbewegung zeigt sich nach der Jahrtausendwende (Schröders Agenda unter dem Eindruck von fünf Millionen Arbeitslosen). Die Gegenbewegung kommt mit der großen Banken- und Finanzmarktkrise 2008 zum Erliegen.

Mittlerweile werden 888 Milliarden Euro umverteilt. In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Sozialausgaben dabei trotz guter Konjunktur und stark sinkender Arbeitslosigkeit wieder stärker als das Wirtschaftswachstum. Seit geraumer Zeit kratzt die Quote knapp unter der 30 Prozent-Schwelle. Darf man hoffen, dass diese Schwelle eine Art Schallmauer ist? Sie ist bisher nur einmal durchbrochen worden, im Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise, als die deutsche Wirtschaft in die schwerste Rezession fiel.

Wollte man die Quote stabilisieren, dürfte sich der Ausbau der Sozialleistungen nur noch im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum vollziehen. Auch damit bliebe in den meisten Jahren ein erheblicher Verteilungsspielraum und damit ein breites Betätigungsfeld für Sozialpolitiker aller Parteien.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat umfasst aber nicht nur die Posten, die im Sozialbudget eingerechnet sind, er umfasst aus meiner Sicht viele andere gesetzliche Ansprüche, die sich nicht in der offiziellen Statistik finden, weil sie sich schlecht in Zahlen fassen lassen.

So ist der gesetzliche Mindestlohn wie andere staatlich administrierte Preise (Mietpreisbremse) Ausdruck des wachsenden Sozialstaats. Ebenso die zahlreichen gesetzlichen Ansprüche auf Teilzeit, die jetzt durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit ergänzt werden sollen. Der lange Arm der Sozialpolitik zeigt sich in Gesetzen, die Zeitarbeit zurückdrängen sollen. Und er zeigt sich auch in der staatlich subventionierten

Kinderbetreuung samt gesetzlichem Anspruch auf einen Kita-Platz, er zeigt sich, bemängelt der Ökonom Christian Watrin, selbst in den Sprachkursen für Flüchtlinge, die in anderen Ländern auf sich selbst verwiesen sind, um die Sprache zu lernen. (12) Ausfluss des Sozialstaats ist das Lohngerechtigkeitsgesetz der Familienministerin, das Unternehmen dazu bringen soll, etwaige geschlechtsspezifische Unterschiede in der Bezahlung abzubauen. Und der Sozialstaat zeigt sich in der Arbeit der staatlichen Förderbanken: In eine Betrachtung des Wohlfahrtsstaats gehört auch der nicht marktgerechte Kredit einer Staatsbank, ob für den Wohnungsbau oder den Umbau zum Schutz vor Einbrechern - um nur einige Felder zu nennen, auf denen in den vergangenen zehn Jahren bevorzugt neue Ansprüche gewährt worden sind.

Der deutsche Sozialstaat ist also mit den gängigen finanziellen Leistungen nicht hinreichend beschrieben. Seine Kosten und seine Bürokratie sind damit nicht hinreichend erfasst. Das liegt daran, dass sich seine Ziele stetig erweitern. Ein Beispiel: Heute geht es nicht mehr darum, Menschen vor den finanziellen Folgen von Arbeitslosigkeit zu schützen und ihnen mit staatlich geförderten Qualifizierungs- und Bildungsangeboten eine neue Chance auf Arbeit zu geben. Der Politik geht es heute darum, Menschen zu einem „guten Arbeitsplatz“ zu verhelfen. Was das ist, definiert sie fürsorglich immer enger: Sie legt die Mindestbezahlung fest und immer weitreichendere Freizeit- und Auszeitansprüche zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie behindert Arbeitsplätze, die sie als „unsicher“ wahrnimmt, wie Zeitarbeit und Werkverträge, auch wenn sie ordentlich bezahlt sind.

2. Wie erfolgreich ist der deutsche Wohlfahrtsstaat?

Rund 15 Prozent der Bevölkerung haben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung, sie gelten damit als armutsgefährdet. Und zwar deswegen, weil sie wegen zu geringer Ressourcen von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Land, in dem sie leben als Minimum annehmbar ist. Weil sich in dieser Gruppe auch Studenten und Auszubildende finden, ist aber nicht jeder arm, der statistisch darunter fällt. (13)

Das zeigt, wie schwierig Armutsmessung ist und dass auch diese Quote nur ein grober Indikator ist. Eine ausführliche und sehr gute Darstellung dieser Problematik findet sich in dem Buch „Armut in Deutschland“, das Georg Cremer, der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes kürzlich veröffentlicht hat. Danach ist die Armutsrisikoquote in Deutschland immerhin seit mehr als zehn Jahren in etwa stabil. Da sich in der Quote auch die Einkommensungleichheit spiegelt, heißt das: Die Schere zwischen Arm und Reich ist in diesem Zeitraum nicht weiter aufgegangen, auch wenn das viele vermuten. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesarbeitsministerin bestätigt den Befund. (14)

Einen stärkeren Anstieg des Armutsrisikos gab es vor 2005, in den Jahren nach der Wiedervereinigung im Zuge der Öffnung der osteuropäischen Volkswirtschaften. Das größte Armutsrisiko ist und bleibt Arbeitslosigkeit. Ein besonders hohes Armutsrisiko haben auch Alleinerziehende. Regional betrachtet ist das Armutsrisiko in den neuen Bundesländern höher als in den alten.

Was der Sozialstaat leistet, zeigt sich daran, dass die Armutsrisikoquote Cremer zufolge zehn Punkte höher läge, wenn die Haushalte nur ihre Lohneinkommen und Renten hätten, also keine Transfers erhielten wie Kindergeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld. (15)

Auch der Ökonom Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts in München, stemmt sich mit Zahlen gegen die verbreitete Behauptung, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt werden. Zwar habe auch in Deutschland die Spreizung der Markteinkommen im Zuge der Globalisierung seit 1995 zugenommen. Der damals entstandene Niedriglohnsektor habe viele Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt, um den Preis einer stärkeren Spreizung der Einkommen, stellte Fuest im vergangenen Jahr fest. (16) Doch weil der deutsche Staat mehr umverteilt als fast alle anderen 34 OECD-Staaten, hat die Ungleichheit, gemessen an den verfügbaren Einkommen, in den letzten 20 Jahren kaum zugenommen. Das ist eine frohe Botschaft. Denn die verfügbaren Einkommen, also die Einkommen nach Abzug von Steuern und dem Zufluss staatlicher Leistungen, sind für Fuest die entscheidende Größe, wenn man die Debatte über die Ungleichheit ehrlich führen will.

3. Wie zufrieden sind die Bürger mit den Ergebnissen ihres Sozialstaats?

Zahlen über die Stabilisierung der Ungleichheit und Erfolge der Armutsbekämpfung sind das eine, die Wahrnehmung eine andere. In Umfragen offenbart sich das Drama des teuren deutschen Sozialstaats: Seine Erfolge werden im eigenen Land nicht anerkannt, im Gegenteil. Seit 1964 misst das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Zufriedenheit mit der sozialen Lage. Bis Anfang der neunziger Jahre war etwa die Hälfte der Bürger der Meinung, die Verhältnisse seien gerecht, die andere fand das nicht. Seit mehr als zwanzig Jahren steigt der Anteil derer, die die Verhältnisse für nicht gerecht halten, mittlerweile liegt er bei 65 Prozent. Fast schon Konsens sei es, dass die „soziale Gerechtigkeit“ in Deutschland abnehme, sagt Allensbach-Demoskop Thomas Petersen. (17)

Aufhorchen lässt eine Umfrage vor einem halben Jahr unter der Generation „Mitte“, mit der die 30- bis 59-jährigen gemeint sind: Obwohl drei Viertel dieser Gruppe die eigene Lebensqualität als gut einschätzt und sich ein wachsender Anteil als Wohlstandsgewinner sieht, schaut weniger als die Hälfte optimistisch nach vorne. Woran liegt das? Zu den Gründen, die vorrangig genannt werden, gehört die Sorge über eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die Alterung der Gesellschaft. (18)

Auch viele andere Umfragen deuten darauf, dass mit dem jährlichen Anwachsen der Sozialleistungen eben kein wachsendes Gefühl sozialer Sicherheit und Aufgehobenheit einhergeht. Im Gegenteil: Mit jeder neuen Leistung scheinen bloß die verbliebenen Defizite, tatsächlich oder vermeintliche, in den Blick zu rücken, sehen sich neue Gruppen angestachelt, für ihre Interessen mobil zu machen.

4. Wie einverstanden sind die Bürger mit dem Ausbau des Sozialstaats?

Aufschlussreich sind auch dazu Umfragen der Demoskopien aus Allensbach. Nach ihren Erkenntnissen gibt es in Deutschland einen breiten Konsens, dass die Gesellschaft zusammengehalten werden sollte und der Staat dafür die Verantwortung trägt. Zwar hänge die große Mehrheit keineswegs egalitären Leitideen an, aber sie sehe große soziale Unterschiede als Risikofaktor und fürchte ein Auseinanderdriften der Schichten. Allensbach sieht einen schichtenübergreifenden Konsens: Drei Viertel der Bürger (auch 69 Prozent der oberen Sozialschichten), wünschen eine Verringerung der sozialen Unterschiede. Nur zehn Prozent aller Bürger (14 Prozent der Angehörigen höherer Schichten) halten es für attraktiv, dass sich der Staat bei der sozialen Absicherung teilweise zurücknimmt und Vorsorge mehr der Eigenverantwortung überlässt. Die große Mehrheit ist überzeugt, dass die Lebensqualität in Ländern höher ist, die sich bemühen, soziale Unterschiede zu begrenzen. (19)

Dabei reicht es aus Sicht einer großen Mehrheit nicht aus, wenn der Staat mit der Grundsicherung für das Existenzminimum derer sorgt, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Nur 17 Prozent sagen, dass wachsende soziale Unterschiede unproblematisch sind, sofern die Schwächeren durch den Staat aufgefangen werden.

Liberale müssen an diesem Befund eigentlich verzweifeln. Immerhin gibt es aber in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Risiken zu starker staatlicher Eingriffe. So ist nur eine Minderheit der Bürger überzeugt, dass eine staatliche Begrenzung sozialer Unterschiede gut ist für den wirtschaftlichen Erfolg. Zumindest das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischen Zielen und sozialen Zielen wird also auch hierzulande noch gesehen. Interessant auch: Es gibt ein Bewusstsein für Leistungsgerechtigkeit: Hilfe für Arbeitslose sollte niedriger sein als die Erwerbseinkommen, Renten sollten sich an den geleisteten Beiträgen orientieren.

Allensbach-Chefin Renate Köcher kommt zu dem Fazit: „Ein leistungsfähiges soziales Netz – auch um den Preis hoher Steuern und Abgaben – entspricht dem Leitbild der Mehrheit. Auch die Angehörigen der höheren Schichten möchten lieber in einem Land mit einem leistungsfähigen sozialen Netz leben als in einem Staat, der nur die Grundsicherung garantiert, dafür aber nur geringe Steuern und Abgaben erhebt.“ (20)

V. Was folgt aus dem Befund für Liberale?

Somit bestätigt die Entwicklung des deutschen Wohlfahrtsstaates alle Befürchtungen und Warnungen, die Röpke und andere liberale Ökonomen vorgebracht haben: Entstanden ist ein teures, intransparentes, sich selbst nährendes soziales Geflecht, das das Land einer gefühlten „sozialen Gerechtigkeit“ nicht näher gebracht hat, wie die Umfragen und Diskussionen über die Ungleichheit immer wieder belegen.

Waren die Mahnungen also vergeblich? Was den Ausbau des Sozialstaats betrifft ja. Er wird faktisch nur gebremst, wenn die Wirtschaftslage oder wachsende Schulden finanzielle Zwänge schaffen. Immerhin aber haben auch liberale Ökonomen dazu beigetragen, die finanziellen Räume für den Ausbau des Sozialstaats enger zu machen: Sie haben für die Einführung einer Schuldenbremse im Grundgesetz geworben. Damit wird ein Ausweichen in neue Schulden in Deutschland schwieriger. Die Probe aufs Exempel hat diese Bremse allerdings noch nicht bestanden.

Liberale Ökonomen wünschen sich aber nicht nur engere Grenzen für den Sozialstaat. Liberale wünschen sich einen anderen Sozialstaat: Einen, der Einblick gewährt in seine wahren Kosten und dem Bürger und Wähler damit echte Kosten-Nutzen-Kalküle ermöglicht. Sie wünschen sich einen Sozialstaat mit klaren Preisschildern.

Hieran hapert es im deutschen Sozialsystem, das nicht nur über Steuern umverteilt, sondern auch über die 125 Jahre alten Sozialversicherungen, in denen Ansprüche eigentlich aus eigenen Beiträgen erworben werden sollen. Es ist ein System, das keine echte Zukunftsvorsorge kennt, weil es keine Ersparnisse bildet. Es verschleiert damit Risiken und vergibt die Chance, den Menschen den Wert der Kapitalbildung und Investitionen vor Augen zu führen. Sozialpolitisch motiviert greift der Staat darüberhinaus auch in die freie Preisbildung ein und in die unternehmerische Freiheit.

Ein Dorn im Auge sind Liberalen auch die vielen Fehlanreize und Mitnahmeeffekte des Systems, in dem Eigenbeteiligungen immer noch verpönt sind (Praxisgebühr) und Sanktionsmechanismen stets stärkerer Rechtfertigung bedürfen als die Ausweitung der Leistungen.

Röpke hatte gefordert, Regeln, Prinzipien, Kriterien und Unterscheidungen zu treffen, „die uns erlauben, einem Strome zu widerstehen, der uns mitzureißen droht.“ Es gebe kaum eine wichtigere Aufgabe als diese. (21)

Tatsächlich gibt es heute keinen Mangel an guten Kriterien für eine wirtschafts- und freiheitsverträgliche Sozialpolitik. Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung hat unter ihrem damaligen Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff im Jahr 2001 darüber eine Debatte geführt, sie lohnt nachzulesen in dem Buch „Freiheit und soziale Verantwortung“. Das Destillat sind zwölf Thesen, die viele Liberale unterschreiben dürften. Um nur einige herauszugreifen: gezielte Hilfe statt allgemeiner Nivellierung, Subsidiarität, Effizienz, Transparenz, Freiheit vor Sicherheit, Generationengerechtigkeit, Subjekthilfe statt Objekthilfe. (22)

Was fehlt, ist ein Weg, im politischen Alltag eine Mehrheit von der Klugheit dieser Prinzipien zu überzeugen. Vielleicht sind auch Liberale deswegen immer wieder fasziniert von radikalen Ideen.

VI. Warum Grundeinkommen und negative Einkommensteuer keine liberale Antwort sind

Zwei konzeptionell eng verwandte Ideen für einen radikalen Umbau des Sozialstaats faszinieren Liberale und Linke gleichermaßen: die von Milton Friedman vorgeschlagene negative Einkommensteuer oder ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es in Deutschland wohl am prominentesten zunächst der Drogeriemarkt-Unternehmer Götz Werner verfochten hat. Vor zehn Jahren fand sich im damaligen thüringischen CDU-Ministerpräsidenten Dieter Althaus auch ein erster bekannter politischer Anwalt für ein bedingungsloses Grundeinkommen (Solidarisches Bürgergeld).

Beide Konzepte, die negative Einkommensteuer wie das Grundeinkommen, eint die radikale Abkehr vom Gedanken, dass der Staat subsidiär nur denen hilft, die ohne diese Hilfe sonst keine Chance auf ein Leben in Würde hätten. Und dass er soziale Sicherheit möglichst nur in dem Maße selbst organisiert, wo der Markt keine hinreichenden Lösungen hat und Trittbrettfahrer sich aus der Solidarität herausmogeln könnten.

Die negative Einkommensteuer verfolgt den Ansatz, dass jeder zunächst sein Einkommen deklariert und statt Steuern zu zahlen, dann automatisch Geld vom Finanzamt bekommt, wenn er unter dem Existenzminimum liegt. Es gibt keinerlei Stigma, keine Anträge, keine Sozialbürokratie neben der Steuerbürokratie. Die FDP hatte Ende der neunziger Jahre mit diesem Konzept geliebäugelt (Bürgergeld).

Das bedingungslose Grundeinkommen verfolgt den anderen Weg: Der Staat tritt in Vorleistung, indem er jedermann ein Grundeinkommen in Höhe des Existenzminimums überweist – und sich das Geld von denen, die darüberhinaus ein Einkommen erwirtschaften über hohe Steuersätze zurückholt.

Schon Friedman war sich einer unüberwindbaren Hürde bewusst: Der Möglichkeit eines Missbrauchs durch die Wähler, indem die Zahlungen so angesetzt werden, dass die Mehrheit der Steuerzahler profitiert – auf Kosten einer Minderheit. „Ich sehe keine Lösung für dieses Problem außer auf die Zurückhaltung und den guten Willen der Wähler zu setzen.“ (23)

Populärer ist heute das bedingungslose Grundeinkommen, für das sich aktuell viele Initiativen stark machen. In der Schweiz gab es im vergangenen Frühjahr eine Volksabstimmung, in Finnland hat ein überschaubares Experiment mit dem Grundeinkommen begonnen. Viele der neuen Advokaten kommen aus der Wirtschaft, aus den Reihen der Internet-Konzerne im Silicon Valley, das Echo wächst in Europa. Überall da, wo Wirtschaftseliten und junge Gründer über die Folgen der digitalen „Disruption“ für Arbeitsplätze nachdenken, kommt jetzt schnell das bedingungslose Grundeinkommen ins Spiel als wahre sozialpolitische Allzweckwaffe:

- aus Sorge, die neuen Technologien könnten sonst Abwehr hervorrufen
- als schmerzloser Weg, Einkommensausfälle auszugleichen, wenn Roboter die Arbeit übernehmen

- gerne auch mit dem Argument, wahre Kreativität entfessele sich dort, wo niemand mehr gezwungen sei, in einer ungeliebten Arbeit zu verharren und es wagen könne, Risiken einzugehen

- als Beitrag zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung.

Wer sich an die erste Wilhelm-Röpke-Vorlesung vor zehn Jahren erinnert, weiß, dass der Ökonom Thomas Straubhaar ein engagierter Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens ist, er hat das Modell von Althaus mitentwickelt. Aus Straubhaars Sicht könnte es jener „dritte Weg“ zwischen Markt und Staat sein, den Röpke gesucht habe. Er hat darüber nun ein Buch geschrieben, in einem Spiegel-Interview legte er seine Argumente kürzlich ebenfalls dar. (24)

Für Straubhaar ist ein staatliches Grundeinkommen eine „harmonische soziale Ergänzung“ eines freien effizienten deregulierten Arbeitsmarktes. Sein Motto: lieber Grundeinkommen als Mindestlohn. Sein wichtigstes Argument lautet: De facto lasse die Gesellschaft ohnehin nicht zu, dass Menschen ohne Nahrung und Kleidung obdach- und würdelos dahinvegetierten. „Dass ein Sicherheitsnetz eh besteht, ist die fundamentale Rechtfertigung für ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums“, sagt er. Für ihn ist das „ein zutiefst individualistisches wie auch egalitäres Konzept.“ Es komme ohne jeden Paternalismus aus und niemand bleibe ohne Hilfe, es sei daher auch zielgenau. Und für Besserverdienende sei das Grundeinkommen ja nur eine Steuergutschrift. Es fördere die Risikobereitschaft und komme damit der Gesellschaft zugute. „Ich denke, dass Röpke das Grundprinzip akzeptieren würde“, sagte Straubhaar 2007 in Erfurt. (25)

Wir können Röpke dazu leider nicht selbst hören. Würde er das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort des modernen Sozialstaats auf die Digitalisierung empfehlen? Weil das Thema heute mit neuer Macht diskutiert wird, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um meine großen Vorbehalte geltend zu machen.

Zunächst möchte ich dazu Röpkes Zeitgenossen, den radikal-liberalen österreichischen Ökonom Ludwig von Mises (1881-1973) zu Wort kommen lassen mit einer Mahnung, die viel zu wenig berücksichtigt wird: „Die Summe dessen, was verteilt werden kann (also das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit) ist nicht unabhängig von der Art und Weise, in der es verteilt wird.“ Mises fügt an: „Nur weil unsere Gesellschaftsordnung die Ungleichheit des Eigentums kennt, nur weil sie jeden anspornt, soviel als möglich und mit dem geringsten Aufwand an Kosten zu erzeugen, verfügt die Menschheit heute über die Summe von jährlichem Reichtum, den sie verzehren kann.“ (26)

Die Mahnung gilt auch heute noch. Was passiert, wenn der Ansporn fehlt?

Die zum Glück gescheiterte Schweizer Grundeinkommens-Initiative hatte einen monatlichen Betrag von umgerechnet 2260 Euro für jeden Erwachsenen angeregt. Das zeigt, dass es um mehr geht, als die Sicherung eines Existenzminimums. Auch Straubhaar liegt mit den 1000 Euro, die er jetzt ins Spiel bringt, klar über dem Betrag der heutigen Grundsicherung, die einem Alleinstehenden im Schnitt rund 722 Euro bringt. Ein großes Fragezeichen muss man auch hinter das Versprechen machen, das Grundeinkommen

ersetze viele andere Zuwendungen, Sorge für Transparenz und mache einen großen Teil der Sozialbürokratie überflüssig. Dieser Punkt begeistert vor allem Liberale, während Linke der Gedanke an die dann konsequenterweise in der Sozialverwaltung frei werdenden Arbeitsplätze nervös macht. Wenn es konkret wird, muss auch die Frage beantwortet werden, welche Leistungen ersetzt werden sollen. Gibt das Grundeinkommen nicht den einen zu wenig, den anderen zu viel? Alle diskutierten Modelle kalkulieren zudem mit kräftigen Steuererhöhungen. Mehrwertsteuersätze von 25 bis 50 Prozent oder mit stark steigenden Einkommensteuersätzen, die schon vom ersten zuverdienten Euro nicht mehr viel übrig lassen. Im Modell von Althaus würde der Fiskus zunächst die Hälfte einbehalten, bei höheren Einkommen noch ein Viertel. (27)

Das ist eine enorme Motivationsbremse. Warum soll man sich anstrengen, ausbilden und fortbilden, wenn danach nicht viel vom Einkommen übrig bleibt? Und wie verhindert man, dass die Mehrheit das Grundeinkommen von Wahl zu Wahl hoch treibt, zu Lasten einer Minderheit, die zahlt?

Aus meiner Sicht ist und bleibt das Grundeinkommen daher ein gefährliches Modell, weil es den Grundpfeiler jeder Marktwirtschaft, die eigene Leistung und Anstrengung, zersetzen könnte.

Genau das scheinen übrigens so manche der Befürworter zu beabsichtigen: Es sind viele Wachstumskritiker darunter, die glauben machen wollen, die Bedürfnisse und Wünsche seien in westlichen Konsumgesellschaften eigentlich gedeckt und Wirtschaftswachstum entbehrlich. Das ist im Kern ein totalitärer fortschrittsfeindlicher Gedanke. Niemand kennt die Bedürfnisse des anderen, niemand sollte sich anmaßen, darüber zu entscheiden, was genug ist.

Der Philosoph Karl Popper schreibt: „Wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiterschreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um so gut wir es eben können für beides zu planen: nicht nur für Sicherheit, sondern zugleich auch für Freiheit.“ (28)

Das Grundeinkommen ist aus meiner Sicht kein Instrument der Freiheit, sondern ein freiheitsgefährdendes Sicherheitsprogramm, von dem Liberale die Finger lassen sollten.

VII. Sozialpolitik mit liberalem Kompass

Was aber sollen sie dann tun? Haben sie auch eine positive Botschaft? Zunächst sollten Liberale drei Dinge akzeptieren, auch wenn es schwerfällt:

1. Die großen Reformwürfe bergen bei allen Reizen zu große Risiken für die Demokratie und das Marktsystem.
2. Die Beharrungskräfte eines in mehr als 125 Jahren gewachsenen Sozialstaats mit seinen Institutionen sind so enorm, dass unter normalen politischen Umständen in einem demokratischen System aus Checks and Balances nur der mühsame Weg bleibt, für einen Umbau in kleineren Schritten zu werben.

3. Solange Bürger Anlass zur Vermutung haben, von einem weiteren Ausbau der sozialen Sicherung könnten sie nur profitieren, weil sie die tatsächlichen Kosten nicht kennen und die indirekten Risiken für Beschäftigung und Wachstum nicht berücksichtigen, werden sie für den Ausbau votieren.

Ins Praktische gewendet, sollten Liberale aus daher vorrangig drei Ziele verfolgen:

Erstens sollten sie sich dafür einsetzen, dass der offensichtlich von der großen Mehrheit gewünschte weitere Ausbau der Sozialleistungen von nun an zumindest an das Wirtschaftswachstum gebunden wird (Sozialleistungsbremse). Natürlich gibt es keine ökonomisch zwingende Begründung dafür, die Sozialquote bei 30 Prozent einzufrieren. Aber dass es immer riskanter wird, in einer Marktwirtschaft mit der problematischen demographischen Entwicklung in Deutschland die Räume für private Anstrengungen und Wagnisse noch enger zu machen, könnte ein Argument sein, das nach und nach Gehör findet.

Zweitens sollten sich Liberale nicht entmutigen lassen, jede noch so geringe politische Chance zum Umbau der Leistungen und Institutionen des Sozialstaats zu nutzen, um für klare Preisschilder zu sorgen und das Eigeninteresse an einer sparsamen Nutzung der Leistungen zu stärken (Eigenbeteiligung). Das dämpft die Ausgaben und fördert die Zielgenauigkeit. Die Preisschilder haben auch den Effekt, dass die Bürger den Wert des Gebotenen schätzen lernen. So bleibe ich ein Anhänger der Praxisgebühr und der Idee, dass auch gesetzlich Krankenversicherte eine verständliche Rechnung des Arztes zu sehen bekommen.

Drittens sollten Liberale die sozialpolitisch motivierten regulatorischen Eingriffe in den Wettbewerb mit allen Kräften attackieren (Mietpreisbremse, Mindestlohn, Deckel auf Energiepreis). Sie sind besonders gefährlich, weil sie Politik und Bürger vermeintlich nichts kosten, da kein Geld aus dem Haushalt oder den Sozialkassen abfließt. Man kann an diese Eingriffe kein Preisschild machen, weil niemand weiß, welche Investitionen deswegen unterbleiben und welcher Arbeitsplatz wegfällt. Wenn Liberale da nicht gegenhalten, haben wir eine Entwicklung wie im internationalen Handel, in dem Zölle längst das kleinere Übel sind gegenüber viel schädlicheren indirekten Handelshemmnissen aller Art (die Farbe der Blinker, die Konservierung des Hühnchens).

Zum Schluss noch eine besonders schöne, weil einfache Maxime. Röpke gibt sie vor: „Wenn im Zweifel, tue es nicht!“ Das sollte aus seiner Sicht, „das Minimum an Weisheit, sein, auf dem wir bestehen sollten.“ (29) Die Beweislast sah er bei denen, die einen weiteren Schritt gehen wollen, also neue Leistungen versprechen.

„Wenn im Zweifel, tue es nicht!“: Im bevorstehenden Gerechtigkeits-Wahlkampf ist das ein guter Kompass für Liberale. Zweifel sollten heute alle Vorschläge wecken, die – ob direkt oder indirekt – die Chancen auf Arbeit verringern. Denn das größte Armutsrisiko ist Arbeitslosigkeit, eine stabile Beschäftigung die beste Sozialpolitik und Altersvorsorge. Liberale sollten also den Mut haben, immer dann Spielverderber zu sein, wenn sozialpolitische Wahlversprechen die soziale Sicherheit in Wahrheit untergraben.

Fußnoten:

- (1) Wilhelm Röpke, Der Eintopf als Dogma, F.A.Z. 26. Okt. 1957.
- (2) Gerhart Raichle, in: Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurter Allgemeine Buch (2001), S. 79.
- (3) Friedrich August von Hayek, The Constitution of Liberty, Routledge (1993), S. 286 ff.
- (4) Milton Friedman, Capitalism and Freedom, University of Chicago Press (1982), S. 191.
- (5/6) Wilhelm Röpke, Wenn der andere zahlt, F.A.Z. 31. Dez. 1958.
- (7) Wilhelm Röpke, Der Eintopf als Dogma, F.A.Z. 26. Okt. 1957.
- (8) Wilhelm Röpke, Wenn der andere zahlt, F.A.Z. 31. Dez. 1958.
- (9) Wilhelm Röpke, Der Eintopf als Dogma, F.A.Z. 26. Okt. 1957.
- (10) Das Bürgergeld, ein sinnvolles Konzept?, Institut für Weltwirtschaft Kiel (1996), S. 281.
- (11) Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2015.
- (12) Christian Watrin in: Otmar Franz (Hrsg): Die solidarische Gesellschaft in Freiheit, Frankfurter Allgemeine Buch (2009), S. 148.
- (13) Georg Cremer, Armut in Deutschland, C.H.Beck (2016), S. 16 und S. 19ff. (zur Problematik der Armutsmessung).
- (14) 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017).
- (15) Georg Cremer, Armut in Deutschland, C.H. Beck (2016), S. 54.
- (16) Clemens Fuest, Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte, F.A.Z. 12. Feb. 2016.
- (17) Thomas Petersen, Stille Liebe zur Planwirtschaft, F.A.Z. 27. Nov. 2013.
- (18) Dietrich Creutzburg, In der mittleren Generation wächst die Zukunftsangst, F.A.Z. 9. Sept. 2016.
- (19/20) Renate Köcher, Das Verantwortungsgefühl der Oberschicht, F.A.Z. 19. Feb. 2015.
- (21) Wilhelm Röpke, Wenn der andere zahlt, F.A.Z. 31. Dez. 1958.
- (22) Otto Graf Lambsdorff (Hrsg): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurter Allgemeine Buch (2001), S. 261.
- (23) Milton Friedman, Capitalism and Freedom, University of Chicago Press (1982), S. 194.

- (24) „Egoismus gesät, Trump geerntet“, Interview mit Thomas Straubhaar. Der Spiegel, 11. Feb. 2017.
- (25) Thomas Straubhaar, Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als die soziale Marktwirtschaft, Erste Wilhelm-Röpke-Vorlesung in Erfurt am 12. Februar 2007, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (2007).
- (26) Ludwig von Mises, Liberalismus, Friedrich-Naumann-Stiftung Academia-Verlag (1993), S. 28.
- (27) Dieter Althaus, in: Michael Borchard (Hrsg.): Das Solidarische Bürgergeld, Lucius & Lucius (2007), S. 3 ff.
- (28) Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, JCB Mohr Siebeck (1992), S. 239.
- (29) Wilhelm Röpke, Wenn der andere zahlt, F.A.Z. 31. Dez 1958.

Bibliographie:

- Borchard, Michael (Hrsg.): Das Solidarische Bürgergeld, Stuttgart: Lucius & Lucius 2007.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2015.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2017.
- Cremer, Georg: Armut in Deutschland, München: C.H. Beck 2016.
- Creutzburg, Dietrich: In der mittleren Generation wächst die Zukunftsangst, F.A.Z. 9. September 2016.
- Friedman, Milton: Capitalism and Freedom, Chicago: University of Chicago Press 1982.
- Fuest, Clemens: Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte, F.A.Z. 12. Februar 2016.
- Hayek, Friedrich A. von: The Constitution of Liberty, London: Routledge 1993.
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Das ‚Bürgergeld‘ - ein sinnvolles Konzept?, Forschungsauftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung, Kiel 1996.
- Köcher, Renate: Das Verantwortungsgefühl der Oberschicht, F.A.Z. 19. Februar 2015.
- Lambsdorff, Otto Graf (Hrsg): Freiheit und soziale Verantwortung Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Buch, 2001.
- Mises, Ludwig von: Liberalismus, Sankt Augustin: Academia Verlag, 1993.
- Petersen, Thomas: Die gefühlte Ungerechtigkeit, F.A.Z. 23. Juli 2008.
- Petersen, Thomas: Stille Liebe zur Planwirtschaft, F.A.Z. 27. November 2013.

Popper, Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Tübingen: JCB Mohr Siebeck, 1992.

Röpke, Wilhelm: Probleme der kollektiven Alterssicherung, F.A.Z. 25. Februar 1956.

Röpke, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage. Die Marktwirtschaft ist nicht alles, F.A.Z. 31. März 1956.

Röpke, Wilhelm: Der Eintopf als Dogma, F.A.Z. 26. Oktober 1957.

Röpke, Wilhelm: Wenn der andere zahlt, Vom Wesen des Wohlfahrtsstaats, F.A.Z. 31. Dezember 1958.

Röpke, Wilhelm: Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Berlin: Manuscriptum Verlag, 2009.

Schwarz, Gerhard / Habermann, Gerd / Aebersold, Claudia (Hrsg): Die Idee der Freiheit. Eine Bibliothek von 111 Werken der liberalen Geistesgeschichte. Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Buch, 2007.

Straubhaar, Thomas: Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als die soziale Marktwirtschaft, Erste Wilhelm-Röpke-Vorlesung in Erfurt am 12. Februar 2007, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, 2007.

Straubhaar im Interview: Egoismus gesät, Trump geerntet, Der Spiegel 11. Feb. 2017.

Watrin, Christian: Unser Sozialstaat – wirtschaftspolitisch gesehen, in: Otmar Franz (Hrsg): Die solidarische Gesellschaft in Freiheit. Kamingespräche der Ludwig-Erhard-Stiftung, Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Buch, 2009.

Das HWWI ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen- und Anwendungsforschung betreibt. Es versteht sich als wissenschaftlicher Impulsgeber für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Der wissenschaftliche Partner ist die Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg. Es kooperiert eng mit der HSBA Hamburg School of Business Administration.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das HWWI mit einer Zweigniederlassung in Bremen präsent.

Die Themenfelder des HWWI sind:

- Digitalökonomie
- Arbeit, Bildung und Demografie
- Energie, Klima und Umwelt
- Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel
- Hamburg, Städte und Regionen

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Baumwall 7 | 20459 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax: +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org